

Die letzten sieben Monate der Anne Frank

ANNE FRANK

DE IRENE SCHIFFER-KOHNAT
ILLUSTRATIONEN
DORIS WYEN

Die wahren Feinde der Perestroika sitzen in der Partei

Boris Jelzin

Aufzeichnungen eines Unbegreiflichen



Nach dem Ende der Perestroika...



Olivetti CWPI

Die Schreibmaschine, die schreibt, wie ein Computer schreibt.

Deutschlandpolitik aktuell • Deutschlandpolitik aktuell • Deutsche

Die Freizügigkeit ist hergestellt, die erste Freude über die Öffnung der Mauer verfliegen. Jetzt treten die ungeheuren Schäden offen zutage, die in den letzten 40 Jahren in der DDR entstanden sind. Es handelt sich nicht nur um materielle, sondern auch um geistige und seelische Schäden. Die Menschen haben unter der Herrschaft eines vormundschäftlichen Staates gelebt. Die wichtigste Perspektive für die nächsten Wochen wurde bei einer Leipziger Montagsdemonstration auf den Punkt gebracht: „Kommt die D-Mark, bleiben wir – kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“.

Dafür habe ich Verständnis, weil genau diese Verhaltensweise für unsere Gesellschaft bestimmend ist. Wir haben bereits die Währungs- und Wirtschaftsreform in Angriff genommen. Dadurch wird es in der DDR auch zu Betriebsstillegungen und Entlassungen kommen. Diese unvermeidlichen Härten muß man abmildern, zum Beispiel durch Finanzierung einer angemessenen Arbeitslosenversicherung und Alters-

Drittens
Wir müssen unsere eigene Ordnung neu lernen. Wer in der Bundesrepublik kann auf Anliebe begründen, warum man Eigentum braucht? Wenn wir empfehlen „Privateigentum muß her“, dann müssen wir Gründe nennen für Menschen, die 40 Jahre in einer Gesellschaft gelebt haben, in der es Privateigentum nur im persönlichen Bereich gab. Über diese Fragen habe ich noch kürzlich mit 60 Führungskräften eines großen Kombines diskutiert. Meine Antwort: Eigentum hat mehrere Funktionen. Die wichtigste Funktion ist die Zuweisung von Verantwortung. Nur der Eigentümer eines kleinen Betriebes mit vielleicht zehn Mitarbeitern ist durch die mit dem Eigentum verbundene Verantwortung wirklich motiviert und läßt die Anlagen nicht verrotten. Man muß gleichzeitig aber auch erklären, wo Eigentum nicht notwendig ist und was Sozialpflichtigkeit heißt. Durch diesen Erklärungsbedarf werden wir in der Bundesrepublik eine innere Erneuerung erfahren.

republik: Es ist alles so sauber! Schon dieser äußere Eindruck ist wie ein Schlag, wenn man mit einer kalten, widerwärtigen und un-menschlichen Gesellschaft rechnet. Die DDR-Bürger müssen sich von der Vorstellung lösen, daß die Marktwirtschaft eine planlose Veranstaltung ist. Der klassische Laissez-Faire-Kapitalismus zerstört sich am Ende zwangsläufig selbst, da hatte Marx völlig recht. Doch in der Bundesrepublik regiert keinesfalls der Darwinismus, wo der Starke den Schwachen fertigmacht. Deshalb haben wir die Sozialpflichtigkeit, ein Kartellgesetz, die Begrenzung wirtschaftlicher Macht, eine soziale Steuergesetzgebung.

Keine planlose Veranstaltung

Marktwirtschaft ist ein geplanter Prozeß. Der Plan besteht darin, den Markt so zu organisieren, daß Privathaushalte und Unternehmen sich

Wenn die erste Freude wieder verfliegen ist

Von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, erster BRD-Gastprofessor an einer DDR-Alma-mater, an der Karl-Marx-Universität

sicherung. Zudem muß die Bundesrepublik beim Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur mit-helfen.

Die Bundesrepublik wird alles geben müssen, was nötig ist. Nach meiner Schätzung müssen wir für diese Leistungen in den nächsten Jahren maximal den Betrag ein-streuen, um den unser Brutto-sozialprodukt bei angemessenem Wirtschaftswachstum zunimmt – also bei jedem Prozent Zunahme des Brutto-sozialproduktes nominal 22 Milliarden DM. Die Bundesrepublik muß bereit sein, für die nächsten zwei bis drei Jahre auf Zuwächse zu verzichten. Dabei wird niemand etwas weggenommen. Wir bleiben gewissermaßen auf dem jetzigen Niveau stehen und nehmen das, was wir zusätzlich erarbeiten, um die Probleme in der DDR lösen zu helfen.

Bei Zusammenwachsen wird sich nicht nur die DDR verändern

Wenn die beiden deutschen Teilstaaten zusammenwachsen, wird sich nicht nur die DDR verändern, sondern auch die Bundesrepublik. Auch in unserer Gesellschaft sehe ich klare Defizite.

Erstens

Die Menschen in der DDR wollen eine soziale, aber auch eine ökologische Marktwirtschaft. Die Dringlichkeit der Aufgabe ist in der DDR noch größer als bei uns, weil die sozialistische Wirtschaftsweise die Umwelt wirklich verwüstet hat. Aus dieser Erfahrung lernen wir, daß die Staatswirtschaft viel weniger noch als die kapitalistische Ordnung in der Lage ist, die Umwelt zu schützen. Zwar hat die Bundesrepublik schon ein schönes Stück des Weges zurückgelegt, ist aber keineswegs am Ziel. Denn ich habe ernste Zweifel, ob unsere Gesellschaft in der Lage ist, zukunfts-fähig zu leben. Wir verbrauchen Zukunftsressourcen, wir verbrauchen die Zukunft der Dritten Welt. Weltweit gesehen heulen wir die Erde aus – zugunsten unserer Wohlstands, zu-ungunsten unserer Zukunft. Die Aufgabe, die uns der Philosoph Hans Jonas in seinem Buch „Prinzip Verantwortung“ gestellt hat, ist weder hier noch drüben gelöst. Die ökologische Frage, die Zukunftfrage müssen wir in Ost und West gemeinsam bewältigen: Sind wir in der Lage, uns in unseren Möglichkeiten und Ansprüchen so zu begrenzen, daß wir die Menschenrechte auch für die kommenden Generationen verwirklichen?

Zweitens

Unsere Gesellschaft ist sehr stark ökonomisiert, fast alle gesellschaftlichen Kategorien sind ökonomischer Natur – sehr vereinfacht: Alles Nicht-Ökonomische gilt als privat. Das ist eine Verarmung; wesentliche Teile des geistigen, des kulturellen, des zwischenmenschlichen und solidarischen Lebens kommen zu kurz. In der DDR hat sich unter dem Druck des feindlichen Staates mehr entwickelt. Das kann hier eingebracht werden.

Konsum allein macht nicht selig

Die Bevölkerung der DDR kann einige Fehler der Entwicklung in der bundesdeutschen Gesellschaft vermeiden. Natürlich will und sollte sie Konsumbedürfnisse nachholen. Doch Konsum ist nicht das Allein-scheidende, es gibt noch andere Werte. Man kann beispielsweise konsumieren, auch ohne sich auf Jahrzehnte hinaus zu verschulden. Die Bundesrepublik war noch nie so wohlhabend wie heute und kommt trotzdem mit dem Geld nicht zu-recht. Zur Selbstbeschränkung fehlt die politische Kraft.

Gerade an den Hochschulen der DDR wird offenbar noch immer dem Scheitern des Sozialismus nachgetrauert und über einen Dritten Weg diskutiert. Dafür habe ich Verständnis. Wer 30 oder 40 Jahre unter einem kommunistischen System gelebt hat, das er sich nicht aussuchen konnte, mußte sich mit dem vorgegebenen Wissenstoff irgend- wie identifizieren. Ein junger Professor, der in der DDR gelebt und unterrichtet hat, konnte das gültige Wissen kaum ohne eine innere Blindung vermitteln. Plötzlich öffnet sich die Mauer, und es entsteht eine neue Gesellschaft. Damit wird vieles, was an den Hochschulen über Jahrzehnte gelehrt wurde, zu Makulatur.

Das gilt auch für die Studenten. Sie standen unter einem ungeheuren Anpassungsdruck. Auch in der Bundesrepublik gab es Systemaus-einandersetzungen, die uns aber nicht daran gehindert haben, das neueste Auto zu kaufen oder im Sommer nach Italien zu reisen. Unsere Systemausensetzungen in der parlamentarischen Demokratie waren und sind also ohne Risiko.

Auffassung von der Ellbogengesellschaft fördert den Dritten Weg

Zwar hätten wir die Diskussion über Berufsverbote, aber das ist nicht vergleichbar mit der Situation in der DDR – dort durfte ein junger Mann, dessen Vater Pfarrer ist, nicht studieren.

Was heißt das? Wenn plötzlich alles fällt, was in den letzten Jahrzehnten erarbeitet wurde, will man seine Identität auf andere Weise wahren, zum Beispiel mit einer eigenständigen Idee – und das ist die Diskussion über den Dritten Weg. Sie wird auch befördert durch die jahrzehntelange in der DDR ein-getrichterte, wissenschaftlich unter-fütterte Auffassung, in der BRD existiere der klassische Kapitalismus mit unbegrenztem Einsatz der Ell-bogen.

Als die Menschen im November hierherkamen, merkten sie, daß das alles nicht stimmt. Für viele war der erste Eindruck von der Bundes-

untereinander koordinieren können und nicht durch Befehle koordiniert werden. Der Wettbewerb kontrolliert die Macht. Wo Monopole entstehen, muß der Staat eingreifen – niemand darf die Macht haben, die Preise zu diktieren. Meiner Ansicht nach ist die Marktwirtschaft anspruchsvoller als die Befehlswirtschaft. Sie setzt eine hochentwickelte Kultur voraus. Von oben nach unten befehlen ist viel einfacher, als eine Ordnung zu organisieren, in der viele Millionen von autonomen Entscheidungen ein sinnvolles Ganzes ergeben.

Die DDR wird einen wesentlichen Teil der rechtlichen Grundlagen der Marktwirtschaft rezipieren müssen. Sie wird sie wahrscheinlich aus der Bundesrepublik übernehmen, weil wir gerade dabei sind, unsere Gesetze auf die europäische Einigung hin zu entwickeln. Integration in die EG ist auch das Ziel der DDR. Das kann sie aber nur mit einer EG-kompatiblen Wirtschafts- und Rechtsordnung erreichen. Zunächst braucht die DDR zum Beispiel ein Gesellschafts-, ein Umwelt-, ein Wechsel- und ein Aktienrecht. Warum sollte sich die DDR das alles mühsam selbst erarbeiten?

Gesamtdeutsche Rektorenkonferenz schon bald in Sicht

Auch die Bundesrepublik hat ja viel rezipiert. Zum Verständnis der neuen Wirtschaftsordnung können die Hochschulen in der DDR beitragen. Sie können die wirtschaftlichen und rechtlichen, die begrifflichen und philosophischen Grundzüge lehren, nach denen Menschen handeln und auf denen marktwirtschaftliche Ordnungen beruhen. Das ist eine sehr umfassende Aufgabe. Ich wünsche mir, daß möglichst viele, auch jüngere Kollegen in der DDR gehen, um dort zu lehren. Da bin ich sehr optimistisch. Das Zusammenwachsen der Hochschulen ist bereits in vollem Gange. Schon bald könnte es eine gesamtdeutsche Rektorenkonferenz geben. Sehr schnell wird darauf hingearbeitet, welche Abschlüsse vergleichbar sind und welche noch modifiziert werden müssen, damit ein Hochschulabschluß der DDR auch bei uns anerkannt wird.

Denjenigen, die jetzt das Hochschulwesen der DDR neu organisieren, empfehle ich, sich nicht an der Bundesrepublik zu orientieren, sie ist als Vorbild im Vergleich zu Norwegen oder England völlig ungeeignet. Daß unsere Hochschulen zu voll sind, ist zu einem erheblichen Teil auf ihre eigene Unfähigkeit zurückzuführen, eine gute Lehrplan-koordination und angemessene Studien-zentren zu gewährleisten. Wenn die DDR-Hochschulen ihre Autonomie auf eine eigene Grundlage stellen, bestehen gute Chancen, sie zu Elitehochschulen zu machen. Das wird ein schöner Wettbewerb. Vielleicht sagen die Menschen in der DDR eines Tages: Hoffentlich kommen nicht so viele zu uns.

(aus: UNICUM 3/90)



Die sich in aller Munde befindlichen Artikel des Grundgesetzes (GG) stellen verfassungsrechtliche Grundlagen der Bundesrepublik für eine Vereinigung Deutschlands dar. Art. 23 regelt den räumlichen Geltungsbereich des GG. Er sagt aus, daß das Grundgesetz „zunächst“ in den Ländern auf dem Territorium der heutigen BRD gilt und „in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt in Kraft zu setzen“ ist. Art. 146 bestimmt den zeitlichen Geltungsbereich des GG. Er enthält die Feststellung, daß das GG von dem Tage an seine Gültigkeit verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Beide Regelungen drücken ebenso wie die Präambel den von den Vätern des Grundgesetzes angenommenen provisorischen Charakter des Grundgesetzes und des von ihm verfallenen Staatswesens aus und sind

unter dem Geltungsbereich des Grundgesetzes entsprechend Art. 23 den schnellsten, problemlosesten und einzig gangbaren Weg, sonstigen den „Königsweg“ zur Einheit. Sie rufen demzufolge Varianten nach Art. 146 gar nicht erst in Betracht. Eine andere Gruppe bezeichnet eine Anwendung von Art. 23 hingegen als „Holzweg“, da er im Endeffekt eine Selbstaufgabe der DDR, ihren Anschluß an die BRD ohne Wenn und Aber bedeutet und die sich gegenwärtig nach 1949 erstmals bietende Chance für eine umfassende gesamtdeutsche Verfassungsdebatte im Rahmen einer wirklichen Volksdiskussion ungenutzt läßt.

Wieder andere sprechen sich gegen ein Festmachen der Wege zur deutschen Einheit an zwei Verfassungsartikeln, gegen deren Instrumentalisierung in den Händen von Politikern aus. Sie sehen in den beiden Bestimmungen keine Gegensätzlichkeit, sondern sie wollen den Beitritt der DDR,

Grundgesetz-Verwirrspiel

auch nur vor dem historischen Hintergrund des Mai 1949 zu verstehen. Damals herrschte die Auffassung vor, das GG habe den Auftrag, dem staatlichen Leben in seinem Geltungsbereich für eine Übergangszeit eine demokratische Ordnung zu geben. Während die Absichten der Verfassungsgeber bezüglich des Art. 23 an Hand schriftlicher Dokumente kaum noch nachvollziehbar sind, liegen ihre Intentionen im Hinblick auf Art. 146 offen.

So heißt es im Bericht des Verfassungsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz der westlichen Besatzungszonen über den Verfassungskonvent zu Herrenchiermeer: „Aus diesem Charakter einer Notlösung, die lediglich den Übergang zu einer gesamtdeutschen Verfassung vorbereiten und erleichtern soll, ergibt sich, daß das Grundgesetz eine Klausel enthalten muß, wonach es seine Geltung an dem Tage verliert, an dem eine von dem deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt“.

Als Art. 146 in der 20. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates in dritter Lesung einstimmig angenommen wurde, erklärte dessen Vorsitzender Carlo Schmid: „Damit ist völlig klargestellt, daß die endgültige deutsche Verfassung nicht im Wege der Abänderung dieses Grundgesetzes entstehen wird, sondern originär.“ Die beiden genannten Artikel des GG haben, das sei zunächst hervorgehoben, für die DDR keinerlei rechtliche Bindungswirkungen. Da jedoch die DDR-Verfassung keine Bestimmungen kennt, die auf den Vereinigungsprozeß direkt anwendbar wären, entzündet sich die Diskussion um die Wege zur staatlich-politischen Einheit naturgemäß anhand der gegebenen Grundgesetzregelungen.

Dem Bürger bietet sich ein verwirrendes Bild. Eine Gruppe von Politikern und Wissenschaftlern sieht in einem Beitritt der DDR

nach Art. 23 mit Konditionen bei einer längeren Anpassungsphase, an deren Abschluß ihres Erachtens durchaus eine neue deutsche Verfassung stehen könnte, die auf einen veränderten und ergänzten Grundgesetz basiert.

Auch die Kommentierungen zum Grundgesetz spiegeln in etwa diese Positionen wider. Für einen Weg zur Vereinigung nach Art. 146 GG spricht, daß sich die DDR und die BRD über 40 Jahre hinweg in teilweise Abgrenzung zueinander entwickelt haben, daß sie völkerrechtlich souveräne Staaten, mit vielfältigen internationalen und Bündnisverpflichtungen sind. Er ließe in einer Situation, in der vieles überhastet verläuft, in der das Tempo des europäischen Einigungsprozesses dem deutschen deutlich hinterherhinkt, Spielraum für eine verfassungs- und völkerrechtlich saubere Lösung, die den Interessen beider Seiten sowie denen ihrer jeweiligen Bündnispartner gerecht wird. Auf seiner Grundlage könnten gemeinsame Gremien gebildet werden, die eine gesamtdeutsche Verfassung ausarbeiten, in die beide Staaten Erfahrungen und Bewahrungswertes einbringen, und die den Platz und die Rolle des zu konstituierenden Deutschen Bundesstaates im europäischen Rahmen abdecken.

Ein Einigungsprozeß nach Art. 23, der nur durch einen die Verfassung ändernden Beschluß der Volkskammer in die Wege geleitet werden kann, bedeutet die Selbstaufgabe der DDR. Auch auszuhandelnde Bedingungen und Übergangsphasen hätten in der Konsequenz nur zum Ziel, während dieser Zeit eine Anpassung der Strukturen und Rechtsverhältnisse der DDR an die der BRD zu erreichen. Der Gedanke an eine neue gesamtdeutsche Verfassung bliebe für lange Zeit außen vor.

Dr. KAROLA WILLE,
Dr. ROSEMARIE JAROSCH

